

LEITARTIKEL Ausgebrannte Lehrkräfte, ein leer gefegter Arbeitsmarkt, ideenlose Bildungspolitiker: Die Schulen laufen auf eine Katastrophe zu.



Ankündigung von Unterrichtsausfall

Die Zahlen der Kultusministerkonferenz klingen dramatisch: Rund 25 000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen zwischen 2021 und 2025. Hört man sich außerhalb der Politik um, wirkt der Mangel noch haarsträubender. Bis zu 70 000 Pädagoginnen und Pädagogen, so warnen Bildungsforscher und Wirtschaftsinstitute, würden in den kommenden drei Jahren dringend gesucht.

Schon jetzt ist der Lehrermangel überall spürbar. Eltern, Kinder und Lehrkräfte kennen ihn nicht nur als Zahl, sondern aus eigener, alltäglicher Anschauung. Reihenweise sind zuletzt Dienst- und Stundenpläne an den Schulen zusammengebrochen, weil sich Lehrerinnen und Lehrer krankgemeldet haben und die löchrige Personaldecke oft keinen Vertretungsunterricht möglich gemacht hat. Schülerinnen und Schüler werden dann irgendwie beschäftigt oder gleich nach Hause geschickt.

Die aktuelle Schülergeneration wird von Politik und Gesellschaft im Stich gelassen. Das deutsche Bildungssystem rast auf eine Katastrophe zu. Regelmäßig kassieren die Kultusministerinnen und -minister Armutszeugnisse, und dennoch ändert sich wenig. Wie viele Studien, Pisa-Test-Ergebnisse oder Lernstandserhebungen müssen eigentlich noch erscheinen, bis die Politik über Ländergrenzen hinweg wummsige Ideen zur gemeinsamen Lösung der Schulkrise entwickelt?

Die Beleglage für den Qualitätsverlust deutscher Schulen ist erdrückend. Laut »Bildungstrend« des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen schafft bundesweit mehr als jedes fünfte Kind in der vierten Klasse nicht die Mindestanforderungen in Mathematik. Bei der Rechtschreibung scheitert sogar knapp ein Drittel aller Kinder. Das Deutsche Schulbarometer der Robert-Bosch-Stiftung schätzt, dass gut ein Drittel der Kinder deutliche Lernrückstände hat. Und die Ständige Wissenschaftliche Kom-

mission der Kultusministerkonferenz, ein 16-köpfiges Expertengremium, urteilt, dass es den Grundschulen in Deutschland aktuell nicht gelinge, »den Anspruch auf allgemeine Bildung für alle Kinder gleichermaßen zu gewährleisten«. So klingen richtig heftige Ohrfeigen.

Ausgerechnet dieses Expertengremium hat jetzt empfohlen, dass nicht die Politik, sondern bitte schön die Lehrerinnen und Lehrer selbst mehr Engagement zeigen sollen: mit zusätzlichen Unterrichtsstunden, weniger Teilzeitbegehren und Maßnahmen wie »Achtsamkeitstrainings«, »eMental-Health-Angeboten« und »Kompetenztrainings zur Klassen- und Gesprächsführung«. Und ja, die Vorschläge sind ernst gemeint.

Mit anderen Worten: Die Lehrkräfte, die sich schon mit den Coronafolgen, der stockenden Digitalisierung, maroden Schulgebäuden, hochgradig diversen Klassen und zunehmender Bürokratie herumschlagen, sollen jetzt die kollektiven Fehlentscheidungen der Bildungsministerien aus den vergangenen Jahrzehnten ausbaden. Und natürlich guten Unterricht abliefern, individuell zugeschnitten auf das einzelne Kind – während sie gleichzeitig vielleicht noch den erkrankten Kollegen aus der Nachbarklasse vertreten.

Die Bundesländer üben sich unterdessen in Kleinstaaterei. Brandenburg etwa möchte pädagogisches Personal in Zukunft schon mit einem Bachelor verbeamteten. Die entsprechenden Kräfte heißen dann zwar nur Bildungsamtsrätin oder Bildungsamtmann und nicht Lehrer, unterrichten sollen sie aber genauso. Bayern plant mit 6000 neuen Lehrerstellen und einem Affront: Pädagogen sollen in anderen Bundesländern abgeworben werden. Eine Idee, die Mecklenburg-Vorpommern bereits im Sommer verfolgte, als das Land urlaubendes Lehrpersonal mit einer Werbekampagne am Strand zum dauerhaften Wechsel an die Ostseeküste bewegen wollte.

Einigkeit herrscht allenfalls bei Maßnahmen, die erst in einigen Jahren wirken. So sollen die Studienplätze für angehende Lehrkräfte ausgebaut werden. Kurzfristig aber hilft wohl nur die radikale Freiheit für Schulleitungen und Lehrkräfte, ihre Ressourcen so einzusetzen, wie sie es angesichts des akuten Mangels an der jeweiligen Schule für richtig halten. Da könnten Klassenarbeiten ersatzlos gestrichen, ein Selbstlerntag pro Woche (»Frei Day«) eingeführt oder Lehramtsstudierende in den Schulalltag eingebunden werden. Denkbar wäre auch die – zumindest vorübergehende – Schlachtung heiliger Kühe: Hausaufgaben streichen, Noten durch ein einfaches »bestanden« ersetzen.

Klar, nach 500 Jahren Schulgeschichte, in denen Unterricht immer anders ablief, wäre das gewöhnungsbedürftig. Die Alternative aber, eine schleichende Gewöhnung an Lehrermangel und Unterrichtsausfall, ist schlechter. Dann nämlich hätten alle Kinder, die jetzt und in den kommenden Jahren in die Schulen gehen, die Arschkarte gezogen.

Armin Himmelrath

Die aktuelle Schülergeneration wird von Politik und Gesellschaft im Stich gelassen.